

«Sprache ist der Schlüssel zur Integration»

Nicht alle Asylsuchenden erhalten Deutschkurse auf dem gleichen Niveau. Dies erschwere die Integration, findet ein Geflüchteter aus Eritrea.

David Walgis

Die Kaffeetasse vor ihm ist noch fast voll. Mulue Misgina hat in den letzten eineinhalb Stunden so viel gesprochen, dass er kaum einen Schluck genommen hat. Er hat erklärt, warum er sich im Flüchtlingsparlament engagiert. Wie sich die Situation für Geflüchtete in der Schweiz verbessern könnte. Weshalb er aus seinem Heimatland Eritrea geflohen ist. Und dann, als das Gespräch schon fast vorbei ist, betont er nochmals: «Ich bin der Schweiz unendlich dankbar.»

Trotzdem findet er: Die Situation für Geflüchtete hier kann sich weiter verbessern. Eine Möglichkeit für Veränderungen sieht er im kantonalen Flüchtlingsparlament. Am kommenden Samstag, 4. November, wird es im Grossratssaal in Aarau zum zweiten Mal durchgeführt. Hinter der Session der Geflüchteten steht der Verein National Coalition Building Institute, kurz NCBI Schweiz. Die Organisation setzt sich für den Abbau von Rassismus und Diskriminierung ein. Seit September bereiten sich rund achtzig Geflüchtete aus elf Nationen in vier Kommissionen auf das Parlament vor. So auch Misgina.

Nicht alle Gemeinden beteuern sich an Sprachkursen

Noch dampft Misginas Kaffee. Es ist ein Mittwochmorgen wie jeder andere, im Migros-Restaurant nippen Rentnerpaare und junge Mütter an Milchkafee oder Chai-Tee. In der Spielecke toben Kinder herum. Misgina schüttet etwas Zucker in seine Tasse und erzählt. «Wir als Geflüchtete sehen gewisse Probleme eher, welche die Behörden vielleicht weniger erkennen.» Eines sieht er in der Ungleichbehandlung der Geflüchteten in den Gemeinden.

Er nennt ein Beispiel aus seiner eigenen Geschichte: Die Gemeinde, der Misgina zugeteilt worden ist, habe ihn bei Deutschkursen bis Niveau B2 finanziell unterstützt. Andere Gemeinden hingegen übernehmen die Kosten nur bis zu tieferen Niveaus. Dass hier Unterschiede bestehen, ist für Misgina unverständlich. «Ohne gute Deutschkenntnisse hätte ich meine Stelle nicht antreten können.» Langfristig entstünden so höhere Kosten für die Gemeinden, vermutet Misgina. Findet eine Person aufgrund der Deutschkenntnisse lange keine Stelle, ist diese länger finanziell abhängig. Natürlich sehe er



«Ich bin der Schweiz unendlich dankbar»: Mulue Misgina engagiert sich fürs Aargauer Flüchtlingsparlament.

Bild: Dlovan Shaheeri

auch Asylsuchende in der Pflicht, Deutsch zu lernen. Doch gewisse kämen in einen Teufelskreis: Man spart bei den Kursen, ein Geflüchteter findet keine Stelle, verliert die Hoffnung, sein Deutsch bleibt spärlich.

Misginas Argumentation: Lieber kurzfristig mehr Geld in Deutschkurse investieren, als länger höhere Sozialhilfekosten zu zahlen. «Die Sprache ist der Schlüssel für die Integration», sagt Misgina mehrfach. Er wirkt wie der lebende Beweis für seine These. Seine Sätze sind klar, die Sprache überlegt.

Für Sprachkurse sind die Gemeinden zuständig

Für alle anerkannten Flüchtlinge mit B-Ausweis und vorläufig Aufgenommene mit Status F gilt ein gesetzlicher Auftrag zur Arbeitsmarktintegration. Dazu gehören auch Sprachkurse. Die Zuteilung erfolgt nach einem individuellen Integrationsplan. «Je nach Zielgruppe findet die Sprachförderung nicht bei allen Personen bis zum gleichen Sprachniveau statt, sondern immer bis zum nächsten zu erreichenden mittelfristigen Ziel»,

Warum viele Geflüchtete Sozialhilfe beziehen

Die Sozialhilfequote im Flüchtlingsbereich ist hoch: Schweizweit bezogen 2021 rund 82 Prozent aller Geflüchteten Sozialhilfe. Gleichzeitig liegt jedoch auch die Erwerbsquote bei den anerkannten Flüchtlingen mit Ausweis B und den sogenannt vorläufig Aufgenommenen mit Status F knapp unter 50 Prozent. Ist dies kein Widerspruch?

Sibel Karadas, Integrationsdelegierte des Kantons Aargau, begründet dies in einem Artikel des «Blick» mit tiefen Löhnen, die Geflüchteten bezahlt würden: «Bei einer Familie mit Kin-

dem reicht der Lohn eines Elternteils meist nicht aus.» Kurz: Bei vielen handelt es sich um sogenannte Working Poor. Gründe sieht Karadas auch in individuellen Faktoren: Wenig Schulbildung, Traumata aufgrund der Flucht.

Rund 10 700 Eritreerinnen und Eritreer bezogen 2021 Sozialhilfe. Dies entspricht rund 37,8 Prozent aller Geflüchteten. Mit knapp 30 000 Personen bildeten Eritreerinnen und Eritreer Ende 2021 aber auch die grösste Ausländergruppe aller anerkannten Flüchtlinge. (daw)

schreibt das Amt für Migration und Integration. Für die Begleitung der Integration und damit auch für Sprachkurse sind die Gemeinden zuständig, in denen die Geflüchteten leben. Das Aargauer Migrationsamt steht beratend zur Verfügung, hat jedoch keine Aufsichtsfunktion. «Gemäss den bisherigen Erfahrungen nehmen die aargau-

ischen Gemeinden den sozialdienstlichen Integrationsauftrag in unterschiedlicher Qualität und Intensität wahr», schreibt das Migrationsamt auf Anfrage.

Ein treuer Parlamentarier in den Flüchtlingsessionen

Das Flüchtlingsparlament wird bereits Misginas fünfte Session.

Er hat an drei nationalen und der ersten kantonalen Durchführung letztes Jahr teilgenommen. Warum engagiert er sich? Er kenne viele Probleme aus eigener Erfahrung, sagt Misgina. «Und das will ich ändern.» Wer neu in der Schweiz ist, steht vor vielen Fragen: Wie funktioniert das Land? Wie bewirbt man sich? Wie sucht man eine Wohnung? Wie geht das mit der Krankenkasse? «Das ist am Anfang wirklich eine Herausforderung.»

Misgina will vor allem etwas verstanden werden. Und Verständnis schaffen. Immer wieder stellt er im Gespräch rhetorische Fragen: Was bedeutet Flucht überhaupt? Warum flieht jemand? Warum integrieren sich manche nur schwer? Wie sieht das Leben als Geflüchteter in der Schweiz aus? «Es gibt viele Vorurteile gegenüber Geflüchteten. Doch die meisten beruhen nicht auf böser Absicht, sondern auf Unwissen», sagt Misgina. Er will gehört werden. «Es wird oft über uns gesprochen, aber nicht mit uns.»

Dies ist auch die Kernbotschaft des NCBI. Und zentrales

Ziel des Flüchtlingsparlaments: Geflüchtete sollen mit der Politik in einen Dialog treten und Lösungen suchen. Regierungsrat Dieter Egli nimmt am Anlass teil. Ebenso verschiedene Grossrätinnen und Grossräte aus allen Fraktionen.

Die Flucht aus der Militärdiktatur

Der 33-jährige Misgina ist vor zehn Jahren aus seinem Heimatland Eritrea geflohen. 23 Jahre alt war er, leistete wie jeder Eritreer Militärdienst für die Diktatur. Wie lange, ist ungewiss. Ist es ein Jahr? Sind es zwei Jahre? Drei Jahre? Gibt es ein Ende? Seit seiner Kindheit ist Misginas Vater im Militär. Und er ist es noch heute. «Ich wollte nicht enden wie mein Vater», sagt Misgina. So entschloss er sich zur Flucht.

Eritrea ist eine Militärdiktatur. Oppositionelle verschwinden in Gefängnissen. Im Land gibt es Checkpoints. Die Perspektive fehlt. Wer jung ist, flieht. Über eine halbe Million Menschen sind in den vergangenen zwanzig Jahren aus Eritrea geflohen. 3,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählt das Land heute.

Was bedeutet Flucht? Misginas rhetorische Frage füllt sich hier im Migros-Restaurant in Zofingen mit Leben. Während am Nebentisch Vermicelles mit Schlagrahm gegessen wird, erzählt er, wie andere in der Sahara ertrunken sind. Wie Frauen in Lagern vergewaltigt wurden. Wie Schlepper Flüchtlinge verkauft haben. «Was ich in solchen Momenten gedacht habe? Das macht ja auch unsere Regierung.»

Über den Sudan, Libyen, das Mittelmeer und Italien kam Misgina in die Schweiz. Eigentlich wollte er weiter nach England, in das Land, dessen Sprache er bereits etwas beherrschte. Doch die Polizei griff ihn in der Schweiz auf. Und so beantragte er 2015 hier Asyl. Mehr als zwei Jahre wartete er auf den Entscheid. Und dann, 2018, erhielt er den positiven Bescheid.

Zusammen mit seiner Frau und seinen drei Kindern im Primarschul- und Vorschulalter lebt er in Zofingen. Er arbeitet als Pflegeassistent in der Rehaklinik Schinznach Bad und macht eine Nachholbildung zum Fachmann Gesundheit. «Ich bin froh, dass ich hier gelandet bin. Erst hier konnte ich als Mensch Freiheit geniessen», sagt Misgina. Sein Kaffee ist mittlerweile kalt.

Nachrichten

Betrunkener verunfallt auf dem Bierkellerweg

Freiamt Zwei Unfälle am Halloween-Abend: Ein 43-jähriger Brite prallte mit seinem Auto auf dem Bierkellerweg in Villmergen in eine Stützmauer. Laut Kantonspolizei war er stark betrunken und wurde leicht verletzt. Das Auto erlitt Totalschaden. Leicht beschädigt wurde

beim Unfall ein weiteres, parkiertes Auto. Die Polizei liess den ausländischen Führerausweis des Lenkers für die Schweiz sperren. Auch stark alkoholisiert war ein 62-jähriger Mercedes-Lenker, der um Mitternacht in Abtwil beim Kreisel an der Auwstrasse mit einer Verkehrstafel kollidierte. Er musste den Führerausweis abgeben. (az)

Taschendiebe schlagen am Bahnhof zu

Brugg Der eine lenkt ab, der andere greift zu: So klangen zwei Taschendiebe einer 38-jährigen Frau in einer Unterführung am Bahnhof Brugg das Handy aus der Jackentasche, wie die Kantonspolizei Aargau mitteilt. Im Windischer Geissenschachen fanden Beamte jedoch drei

Männer, wobei zwei davon der Beschreibung der Langfinger entsprachen. In einem nahen öffentlichen WC fand die Polizei dann das gestohlene Handy und nahm die drei Verdächtigen für weitere Ermittlungen fest. Es handelte sich um drei Algerier im Alter von 18, 27 und 28 Jahren, die als Asylbewerber in der Region leben. (az)

ANZEIGE

«Die Mitte ist für Marianne Binder kein blosses Schlagwort, sondern gelebte Realität: Konsens statt Konfrontation! Wir unterstützen Marianne Binder mit Überzeugung.»

Laurene und Jürg Schärer
Aarau

Ständerat: BINDER – Für eine ausgewogene Standesstimme